

**Gastkommentar.** Beim Thema Zuwanderung wird die unbequeme Wahrheit gerne vergessen. Gerade jene Länder, die Migration am schärfsten verhindern wollen, brauchen dringend Arbeitskräfte aus dem Ausland.

# Migration: Zwischen Rhetorik und Realität

VON JUDITH KOHLENBERGER

Nach kurzer covidbedingter Flaute beherrscht das „Migrationsthema“ wieder die innenpolitischen Debatten. In Österreich stehen nach dem Attentat in Villach asylpolitische Verschärfungen bevor, in Deutschland war der CDU-Entwurf zum „Zustrombegrenzungsgesetz“ dazu angetan, der vielzitierten Brandmauer zur AfD Risse zu verleihen. Auf der anderen Seite des Atlantiks macht US-Präsident Donald Trump mit Massendepportationen und der versuchten Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts Stimmung gegen Zugewanderte. Ob all diese Maßnahmen Wirkung entfalten werden, bleibt fraglich, blenden sie doch einige grundlegende Wahrheiten zu Migration aus.

## Demografischer Wandel

Da wäre erstens die unbequeme Wahrheit, dass gerade jene Länder, in denen rechte Parteien Migration verteufeln, sie brauchen – und sie in Zukunft immer mehr brauchen werden. Selbst Ungarn, wo Premierminister Viktor Orbán seit Jahren eine Politik der Abschottung fährt, ist auf Arbeitskräfte aus Drittstaaten angewiesen. So war auch Ungarn unter den ersten Ländern Europas, das ein Anwerbeabkommen mit Indonesien schloss – heimlich, weil dies nicht zur migrationsfeindlichen Positionierung der Regierung passte.

Denn noch 2016 erklärte Orbán: „Ungarn braucht keinen einzigen Migranten, damit die Wirtschaft funktioniert.“ Mittlerweile hat ihn die demografische Realität seines Landes eingeholt.

Vielen seiner Nachbarn geht es ähnlich. Italien sucht dringend Schweißer und Köche, Schweden Installateure, Großbritannien Busfahrer, Österreich Dachdecker. Und alle suchen sie Pflegekräfte. Richtigerweise stellte der damalige EU-Kommissar für die Förderung des europäischen Lebensstils, Margaritis Schinas, schon 2023 fest: „In Wahrheit braucht Europa zurzeit eher Lkw-Fahrer als Raketenwissenschaftler.“ Schon jetzt befindet sich nur mehr ein EU-Land – Schweden – unter den Top 5 der attraktivsten Länder weltweit. Experten weisen deshalb darauf hin, dass die Länder des Globalen Nordens in nicht allzu ferner Zukunft um Migranten konkurrieren werden.

Aktuell klingt das noch nach einer kaum vorstellbaren Utopie,



Ein Bild aus dem Sommer 2015, als die Fluchtbewegung nach Europa auf dem Höhepunkt war. Imago/Photo2000

denn derzeit tun Zielländer alles, um möglichst unattraktiv für Migranten zu sein. Vor allem für jene, die aus ihrer Sicht „unerwünscht“ sind – ganz so, als würden nicht auch die „Erwünschten“ (qualifizierte Arbeitskräfte) ihre Schlüsse aus dem rassistischen Grundrauschen, das gerade deutlich zunimmt, ziehen. Zu den dezidiert Unerwünschten zählen jene, die als „illegal“ charakterisiert werden, also ohne gültigen Aufenthaltstitel die Grenzen passieren. Dass in vielen Ländern, darunter Österreich, eine Asylantragstellung von außerhalb gar nicht möglich ist und somit der „irreguläre“ Grenzübertritt die einzige Möglichkeit darstellt, um hierzulande um Schutz anzusuchen, wird dabei ausgeblendet.

Das ist nämlich die zweite unbequeme Wahrheit: Die Tatsache, dass

## ZUR PERSON

Judith Kohlenberger ist Migrationsforscherin an der Wirtschaftsuniversität Wien und dem Österreichischen Institut für internationale Politik (oiip) und Autorin von „Das Fluchtparadox“. Kohlenberger ist Vorstandsmitglied der Schumpeter Gesellschaft.

Flucht nach Österreich nicht regulär (vulgo „legal“) stattfinden kann, ist nichts, was sich Flüchtlinge aussuchen haben, sondern was durch nationale Asylregeln festgelegt worden ist. Mit allen Folgen, die irreguläre Migration mit sich bringt, darunter ein höheres Risiko für Migranten und fehlende Kontrollmöglichkeiten des Ziellands, wenn etwa der Übertritt über die grüne Grenze erfolgt.

## „Festung Österreich“

Denn, und das ist die dritte unbequeme Wahrheit: Eine „Festung Österreich“ im Sinne eines kompletten Abdichtens der Alpenrepublik mit seiner 2700 Kilometer langen Grenze ist unmöglich. Abgesehen davon, dass ein dauerhaftes Abriegeln des Landes gegen geltendes Unionsrecht und die Schengener Abkommen verstoßen sowie eine empfindliche Störung des ohnehin fragilen europäischen Zusammenhalts nach sich ziehen würde. Generell sind Grenzkontrollen kein effektives Mittel, um Asylzahlen zu reduzieren. Vielmehr wirken sie wie ein Konjunkturprogramm für die Schlepperindustrie, die mit der gestiegenen Schwierigkeit des Grenzübertritts argumentieren und ihre Preise empfindlich erhöhen

kann. Studien zeigen, dass durch Grenzkontrollen Migration nicht einfach verschwindet, sondern sich auf andere, meist gefährlichere, weniger sichtbare Wege verlagert. Mitunter haben sie sogar den gegenteiligen Effekt, wie etwa in Frankreich, wo sich die Asylantragszahlen nach Einführung von Kontrollen zwischen 2016 und 2019 verdoppelten.

Die Untauglichkeit solcher und zahlreicher weiterer politischer Vorschläge zur „Migrationssteuerung“ ist empirisch vielfach belegt, allein, dieses Wissen verfängt kaum in der politmedialen Debatte. Dort fuhrwerk man noch immer mit überholten Migrationsmodellen wie jenem des Push-Pull, wonach Migrationstreiber in einer rein mechanistischen Wirkweise an- und ausgeknipst werden könnten. Dass es sich bei Migration um ein soziales Phänomen handelt, dem eine komplexe menschliche Entscheidungsfindung zugrunde liegt, wird dabei übersehen. Bezieht man aber die Absichten, Wünsche und Handlungen von Migranten nicht in die Gleichung mit ein, bleiben politische Maßnahmen, die ihnen diametral entgegenstehen, wirkungslos. Deshalb ist, vierte unbequeme Wahrheit, Migra-

tion nur bedingt politisch steuerbar: Denn von Grenzzäunen, Sozialleistungskürzungen oder Einreiserestricttionen im Zielland bleiben die Migrationsursachen im Herkunftsland, von politischer Verfolgung über Bürgerkrieg bis hin zu den Folgen der Klimakrise oder ökonomischer Deprivation, unberührt.

## Panik löst keine Probleme

Ungeachtet all dieser Wahrheiten wird in Zielländern des Globalen Nordens eifrig die Migrationspanik geschürt, wie zuletzt auch im deutschen Bundestagswahlkampf. „Gelöst“ wird dadurch nichts, im Gegenteil: Strukturelle Problemlagen in Schulen, im Gesundheitssystem, auf dem Wohnungsmarkt und in der öffentlichen Sicherheit sollen nun allesamt von der Migrationspolitik, die immer mehr zur reinen Grenzpolitik verkommt, gelöst werden. Das aber, so die fünfte und letzte unbequeme Wahrheit, kann nicht gelingen, denn gefordert wären bildungs-, sozial- und sicherheitspolitische Ansätze, die sich nicht im nationalen Isolationsismus erschöpfen. Vielmehr müssen sie der Realität moderner Einwanderungsländer, wie auch Österreich eines ist, gerecht werden. Der höhere Diversitätsgrad in unserer Gesellschaft ist jedoch für viele Menschen (und Politiker) eine weitere unbequeme Wahrheit, die sie lieber negieren.

Migration ist weder ein Problem, das es zu lösen gilt, noch die Lösung all unserer Probleme. Sie ist so komplex und vielschichtig wie unsere Gesellschaft, in der mittlerweile ein Viertel der Bevölkerung Migrationshintergrund hat. Das ist keine Minderheit und Integration somit kein Nischenthema, sondern geht alle an. Die damit verbundenen Herausforderungen wird man aber nur angehen können, wenn man zuerst einige grundlegende, unbequeme Wahrheiten anerkennt.

Die Schumpeter-Seite entsteht in Kooperation mit der Schumpeter Gesellschaft. Die von Gastautorinnen und -autoren verfassten Beiträge müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Schumpeter Gesellschaft Wien

# Das „krisengeprüfte Europa“ wird zusammenwachsen

**Gastbeitrag.** So wie die südeuropäischen Länder von der Eurokrise gelernt haben, wird Europa nun auch aus den Krisen lernen und gestärkt aus dem Ukraine-Krieg und dem Konflikt mit der Trump-Administration hervorgehen. Ein Gastkommentar.

VON KARL AIGINGER

Europa wird wieder von neuen Problemen „geprüft“. Der Vizepräsident der USA, J. D. Vance, kündigt an, dass Europa sich den USA unterwerfen soll, und lobt die rechtsradikalen Parteien als Verbündete. Die USA wollen mehr Geld von Europa zur Verteidigung, dieses soll nach den Regeln der USA verwendet werden, primär also für Kauf von Waffen, von den Waffen in den USA, die dann nach deren Regeln ausgegeben werden.

Amerika verlässt multinationale Organisationen und droht mit Importsteuern für alle, die sich nicht unterwerfen. Die Ukraine soll zu einem Frieden gezwungen werden, Trump nennt ihren Staatschef Wladimir Selenskij einen Diktator. Im Nahen Osten solle eine Riviera unter amerikanischer Führung geschaffen

werden, die Palästinenser sollen von Nachbarländern übernommen werden. Frieden wird das keinen schaffen, Russland wird sich neue Gebiete einverleiben und Terrororganisationen im Nahen Osten werden stärker und vielfältiger werden.

## Wie reagiert Europa?

Es ist gespalten. Die rechts und linksradikalen Parteien hoffen zu gewinnen. Und sie haben auch Erfolge oder zumindest Teilerfolge in Ungarn, Slowakei, Frankreich und Deutschland. Die Parteien der Mitte zögern wie immer, sind oft vernünftig, aber nicht attraktiv. In Frankreich schwankt eine Regierung nach der anderen und der Präsident mit ihnen. In Deutschland gewinnt die rechte Mitte, zu einem hohen Preis mit einer AfD an zweiter Stelle und alten Wunden der Wiederverei-

nigung. Migration ist ein entscheidendes Thema für Wahlen; die Mehrheit ist dagegen, obwohl Europa ohne Migration so wie Japan seit zwanzig Jahren nicht nur Pflege nicht schafft, sondern auch bei Innovationen laufend verliert, von Start-ups ganz zu schweigen. Wir verlieren Wettbewerbsfähigkeit, unsere Industrie schrumpft, in Deutschland und Österreich besonders stark.

Die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen sieht die Probleme, ist aber auch von Mehrheiten in den Ländern abhängig. Regeln gelten vor allem für Schulden, wenn sie zu hoch sind, gibt es Defizitverfahren. Dabei sind die Staatsschulden (und die Budgetdefizite) in Europa viel niedriger als jene von den USA; aber sie werden nicht gemeinsam aufgenommen, sondern einzeln, kosten daher mehr Geld als im höher verschuldeten Amerika.

Radikale Regierungen stolpern immer wieder über sich selbst, Polen hat eine stabile Regierung der Mitte, in Italien versucht Georgia Meloni einen kompromissbereiteren Ansatz als Matteo Salvini. Die ehemaligen „Schuldenstaaten“ des EU-Südens wagen vorsichtige Reformen, in Österreich ist ein radikaler Rechter an sich selbst gescheitert. Der European Green Deal wird immer wieder verwässert, aber Europa übernimmt in Klimapolitik langsam die Führung, während die USA „Meister der fossilen Energie“ werden. Und Europa erkennt, dass Friede nur mit Selbstverteidigung und gemeinsamen Waffenkäufen zu erzielen ist.

Vielleicht erkennen wir auch, dass es Obergrenzen für falsche Subventionen geben soll (Dienstwagen, Dieselprievilege, Flächenverbrauch). Und dass Europa Frieden schaffen kann, mit Einbezug der betroffenen

Länder. Und dass wir von Afrika lernen können, wie man Naturgewalten besser beherrscht, aber ebenso wie wir unsere Erfahrungen bei Erziehung, Fachausbildung und Schulung anbieten können.

Die Chance ist, dass das „krisengeprüfte Europa“ (vgl. Heinz Handler Springer Gabler) aus den Krisen lernt und stärker wird, mehr zum Frieden in der Ukraine und im Nahen Osten beizutragen versucht. Europa wird mehr zusammenwachsen, weniger nationalistisch werden. So wie die südlichen Mitgliedstaaten aus der Eurokrise gelernt haben und die Welt aus Friedens- und Klimaabkommen.

Danke für die Krisen, Europa lernt daraus.

Karl Aiginger ist Professor an der WU Wien und Leiter des Thinktanks: Policy Crossover Center Vienna - Brussels. Er war früher Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts Wifo.